

Nr.	Bezeichnung/Überschrift	Betroffene Rechtsvorschrift	Beschreibung Änderungsvorschlag inkl. Verbesserungspotenzial	Weitere Bemerkungen	en2x Ansprechpartner für Rückfragen
1	EnStatVWass	Nationale Umsetzung EU-Energiestatistikverordnung	Wasserstoff muss erfasst werden. Ziel Erfassung RFNBO-Industriequote. Ab 2024 Produktion, Verbrauch, Im- und Exporte, Produktionskapazitäten von Wasserstoff, Ammoniak und ab 2025 Methanol. Möglichst bürokratiearme Ausgestaltung.	Warten auf Kabinettsbeschluss	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
2	Kraftstoff-Lieferung	Chemikalienverbotsverordnung	Die Chemikalienverbotsverordnung macht für die Abgabe von z.B. krebserzeugenden Stoffen umfangreiche Vorgaben - zum Beispiel Dokumentation der Absicht rechtskonformer Verwendung durch den Kunden. Kraftstoffe sind nur bei Betankung von Fahrzeugen ausgenommen, nicht bei Liefervorgängen oder Probenversand. Die Beteiligten sind aufgrund anderer Vorschriften geschultes Personal, sodass die Vorschriften bei diesen Anwendungen keinen Nutzen bringen und unverhältnismäßig sind. Vorschlag: Ausweitung der bestehenden Ausnahmen in § 5 (4) Nr. 1. und 2. auf Liefervorgänge und Probenversand durch Streichen der Worte "an Tankstellen oder sonstigen Betankungseinrichtungen".		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
3	THG-Quote: Nachweis der Nachhaltigkeit	§ 7 Biokraft-NachV	Der Nachweis, dass die Anforderungen Nachhaltigkeit erfüllt sind, erfolgt durch die Vorlage der in § 8 der Biokraft-NachV aufgeführten Dokumente. Der oder die Nachweispflichtige hat der Biokraftstoffquotenstelle die Dokumente - also auch die große Anzahl an Nachhaltigkeitsnachweisen (als Kopie, also in Papierform) vorzulegen. Eine Aufstellung der verwendeten Nachhaltigkeitsnachweise mit deren jeweils eindeutiger einmaliger Nachweisnummer wäre ausreichend, da die Biokraftstoffquotenstelle die verwendeten Nachweise einzeln in der Datenbank der BLE (Nabisy) aufruft und entwertet. Das Beifügen in Papierform ist daher nicht erforderlich und keineswegs nachhaltig.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
4	Stichtagsregelung	9. BImSchV	Regelmäßig ändern sich während eines Genehmigungsprozesses rechtliche Vorgaben im Immissionschutz. Diese müssen dann nachträglich im Antragsprozess bearbeitet werden, was zu teuren Umplanungen führt und den Prozess zurückwirft. Eine Regelung, dass die Rechtslage zum Zeitpunkt der Vollständigkeitserklärung verbindlich für das gesamte Verfahren gilt, würde hier deutliche Entlastung bringen.	Steht im Bund-Länder-Pakt zur Planungsbeschleunigung, ist aber bisher nicht verabschiedet.	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
5	AZB und SML harmonisieren	BBodSchG	Europerechtlich verpflichtet sowohl die IED als auch das aktuell auszuhandelnde Soil Monitoring Law vor, dass Standorte, wie z.B. Raffinerien Bodenproben nehmen müssen. Eine Harmonisierung, dass eine Bodenprobe für beides gilt, wäre wünschenswert.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
6	Effizienzgesetze vereinheitlichen	EnEffG + andere Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit Energieeffizienz	Acht verschiedene Gesetze machen Vorgaben zu Energiemanagementsystemen, den dort erkannten Energiesparmaßnahmen und welche davon umgesetzt werden müssen, um Subventionen zu erhalten. Inzwischen klagen sogar die zuständigen Auditoren, dass sie nur ein oder zwei davon bearbeiten können. Die Fristen sind zudem nicht aufeinander abgestimmt und das Zusammenspiel wirft diverse rechtliche Fragen auf. Alle Vorgaben in einem Gesetz zu verankern würde die Umsetzung deutlich vereinfachen für alle Seiten und wäre sehr viel rechtssicherer.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
7	Digitalisierung der Verwaltung	OZG 2.0	Einheitliches Meldeportal im Cloudsystem des Bundes zur Verwaltung sämtlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren und Ablösung der bisherigen landesspezifischen Einzellösung wie ELIA 3.0. Dies trägt auch zu höherer Sicherheit gegenüber einer browserbasierten aktuellen Einzellösung bei.	IT-Planungsrat informieren sowie in die FltKo einbringen und föderal organisieren.	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
8	Digitalisierung der Verwaltung	Bedarfsmeldung der Kraftstoffe nach EnSiG und WiSiG	Einheitliches Meldeportal im Cloudsystem des Bundes für das BAFA zur Meldung der Kraftstoffbedarfe der Landkreise und kreisfreien Städte bei Versorgungskrisen. Dies trägt auch zu höherer Sicherheit gegenüber einer browserbasierten aktuellen Einzellösung bei.	Separate Datenbanken sollten vermieden werden oder nach Sicherheitsansprüchen begründet werden.	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.

9	Online Sicherheitsüberprüfung	SÜG/SÜVo	Zuverlässigkeitsüberprüfungen erfolgen weitestgehend in Ausübung von Bundesrecht. Aus diesem Grund wurde die Entwicklung von OSiP als Koordinierungsprojekt in den Aktionsplan des IT-Planungsrates aufgenommen. Im Jahr 2017 wurde OSiP eine Anwendung des IT-Planungsrates. Seit dem 1. Januar 2022 ist OSiP ein Produkt im Portfolio der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) und wird durch Haushaltsmittel des IT-Planungsrates finanziert. Dadurch haben alle Bundesländer gemäß dem Einer-für-alle-Prinzip (Efa-Prinzip) die einfache Möglichkeit, das Produkt OSiP in den unterschiedlichsten Anwendungsbereichen einzusetzen.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
10	KI-Anwendung im Monitoring nach KRITIS-DG sowie im Störfallrecht durch Überwachungsbehörden	OZG 2.0	Sicherheitsschwachstelle durch Zugangsmöglichkeit von KI-Anbietern an sensible Betriebsdaten. Vorschlag: Eigener Anforderungskatalog für KRITIS bei KI-Anwendung unter zentraler Aufsicht.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
11	Mehrfachregulierungen bei der Standardisierung von H2-Anwendungsbereichen	EnWG, DVGW, DIN, Seveso III, Arbeitsschutzrecht	Säulenverhalten bei der Regulierung von Sicherheitsstandards zur Wasserstoffanwendung in den Ressorts der Ministerien führt zu parallelem Ressourcenaufwand sowie unterschiedlichen und juristisch anfechtbaren Ergebnissen. Dies führt zu Unsicherheiten bei der frühzeitigen Planung von Transformationsprojekten. Vorschlag: Bessere Koordinierung und Monitoring durch Stabsstelle beim Bund.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
12	Staatliche Zulassung von Sachverständigen für Cybersicherheit	41. BImSchV-E	Weiteres Beispiel für Doppelregulierung: Der vorgesehenen Erweiterung der 41. BImSchV um das Teilfachgebiet „Prozessleittechnik – Cyber-Security (IT/OT)“ können wir in dieser Form nicht zustimmen. Kritische Infrastrukturen sind bereits heute in regulatorische Anforderungen bzgl. der Cybersicherheit eingebunden. Durch verpflichtende Audits (BSI) werden diese regelmäßig überprüft. Ergänzend dazu verlaufen die etablierten Prüfungen entsprechender Anlagen nach Störfallrecht bereits heute erfolgreich. Mit der nationalen Umsetzung der europäischen Netz- und Informationssicherheits-Richtlinie 2 (NIS-2UmsuCG) werden darüber hinaus die Anforderungen an Cybersicherheitsmaßnahmen weiter verschärft werden. Vorschlag: Neue Anforderungen sollten daher mit den o. g. Regulierungen sorgfältig abgeglichen werden, um Doppelregulierungen zu vermeiden.	Um Überlappungen regulatorischer Cybersicherheitsanforderungen zu vermeiden, sollte intensiv geprüft werden, ob staatliche Zulassungen von Cybersicherheitssachverständigen ressortspezifisch zukünftig sinnvoll und notwendig sind. Vielmehr sollte eine transparente fachliche Qualität der Sachverständigen ressortübergreifend erreicht werden.	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
13	Lobbyregister	Lobbyregistergesetz	Abschaffung der neu hinzu gekommenen Meldepflichten für die Interessentvertreter (Novelle 2024), insb. der Dokumentationspflichten zu einzelnen Regelungsvorhaben und Stellungnahmen; Die Stellungnahmen sollen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens - nach dem EU-Beispiel des Transparenzregisters - hochgeladen werden können; Anschreiben bzw. sonstige Unterlagen sollen aus dem Anwendungsbereich einer "Stellungnahme" rausgenommen werden.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
14	Umsetzung EU-Industrieemissionsrichtlinie in deutsches Recht	BImSchG und entsprechende VOen	Allgemein: 1:1 Umsetzung in deutsches Recht, kein Gold-Plating. Im Speziellen: Chemikalieninventar nicht über eine neue VO regeln, Einzelregelungen sind im deutschen Gefahrstoffrecht alle bereits enthalten.		personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
15	CSR	nationaler Umsetzungsentwurf der CSRD	Begrenzung und Klarstellung des Berichtsaufwandes durch Leitfäden und Hilfestellungen. Anerkennung des englischsprachigen CSRD-Berichte der Konzernmutter als Berichte im Sinn des Lieferkettensorgfaltsgesetzes.	Laufender Umsetzungsprozess. Betroffen ist die gesamte Industrie.	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.
16	CSDDD	LieferkettensorgfaltspflichtenG	Anerkennung der Berichte gem. LieferkettensorgfaltspflichtenG als Berichte im Sinne der CSDDD; Umsetzung der RiL auf dem seitens der EU vorgeschriebenen Level; keine über die RiL hinausgehende Verschärfung der Berichtspflichten.	Einwirkung auf die EU zur Änderung der RiL vor Ende der Umsetzungsfrist für das nationale Recht?	personenbezogene Daten aus Datenschutzgründen entfernt.